

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	221/2019	Gemeinsamer Antrag der NBF/NBL- und b-now-Fraktion zu Klimaschutz im Straßenbau	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 29.10.2020

Antwort der Verwaltung Verweisung an Bauausschuss

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Thomas Roepke stellt für die b-now-Fraktion mehrere Fragen zum Thema Risikovorsorge für den Fall länger anhaltender Stromausfälle (Blackouts). Unter dem Hintergrund, dass mit dem fortschreitenden Ausbau volatiler Energieerzeuger bei gleichzeitigem Ausstieg aus grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerken die Gefahr von flächendeckenden Blackouts ansteigt, geht es um die Themen Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Medikamenten, Notstrom, Kraft- und Brennstoffen sowie um Verkehrssysteme, das Notfall- und Rettungswesen, die Behörden und Verwaltungen, die Informationstechnik, die Telekommunikation und andere elektronische Systeme. 29.10.2020

- 1) Wurden die Informationen und Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) für Städte und Gemeinden bereits umgesetzt?
- 2) Auf welche Weise wird die Stadtverwaltung die Bürger über individuelle Möglichkeiten, sich auf einen möglichen Blackout vorzubereiten, informieren?
- 3) Für welchen Zeitraum wäre die Trinkwasserversorgung gesichert?
- 4) In welcher Form ist die Stadt generell auf länger anhaltende Stromausfälle vorbereitet?
- 5) Wie will die Stadtverwaltung die Bürger während eines Stromausfalls erreichen?
- 6) Welche Hilfsangebote sind vorgesehen/sollen vorgesehen werden?
- 7) Wo können Bürger bei Ausfall des Telefonnetzes eine Notfallmeldung absetzen?

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Artur Otto fragt nach dem aktuellen Sachstand der ehemaligen Kreisstraße zwischen Anspach und Wehrheim. Hierzu liegen Informationen vor, wonach die Aufteilung bzw. die Markierung mit einem Fahrradsymbol auf der Kreisstraße unklar sei und zu Problemen der Verkehrsteilnehmer führe. Er bittet um Auskunft. 29.10.2020

Bürgermeister Thomas Pauli teilt mit, dass bereits einige Gespräche mit den Beteiligten geführt wurden und eine entsprechende Vorlage für die nächste Sitzungsrunde in Arbeit sei.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	33/2020	Antrag der b-now-Fraktion auf Erstellung eines Kindertagesstättenentwicklungsplans	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit der Erstellung eines Kindertagesstättenentwicklungsplans zu beauftragen. Dieser soll die aktuellen, räumlichen, personellen sowie pädagogischen Standards dokumentieren und umfasst die Rahmenbedingungen bzw. Empfehlungen, die jährlich zu aktualisierende Bedarfsplanung, eine Darstellung der Finanzen und eine Analyse der Bedarfsentwicklung. Somit ist eine Entscheidungshilfe gegeben, wenn Maßnahmen anstehen, um bestehende Angebote bedarfsgerecht zu verändern. Er soll jährlich fortgeschrieben werden, im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Bedarfsplanung. 30.06.2021

Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 233/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.3

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	330/2019	Antrag der NB-Fraktion auf Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Neu-Anspach	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Möglichkeiten der Einrichtung einer Wasserstofftankstelle in Neu-Anspach zu prüfen und hierfür Kontakt sowohl mit den Tankstellenbetreibern, als auch mit Förderfirmen und den zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene aufzunehmen. 29.10.2020

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020	230/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Grünflächenmanagement - Pflege städtischer Rasenflächen, Hecken und Bäumen	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, bis November 2020 für die Innenbereichs- und die Ausgleichsflächen und bis November 2021 für die Außenbereichsflächen eine Vorlage bezüglich des Grünflächenmanagements hinsichtlich der Pflege von Rasenflächen, Hecken und Bäumen der Stadt Neu-Anspach unter Hinzuziehung sachkundiger Berater vorzubereiten und den Gremien zur Beratung vorzulegen. 03.12.2020

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	Stadtverordnete Ulrike Bolz gibt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen das Gerücht gehört zu haben, wonach Rückzahlungen an die Evangelischen Kitas erforderlich werden. Was sei hier der Sachstand?	29.10.2020
<u>Antwort der Verwaltung</u>	siehe Vorlage 189/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.6 siehe Vorlage 190/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.7	<input type="checkbox"/>

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	109/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Ausarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten	
----	-----------------------------	------------	----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

<u>Beschluss</u>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, ein Konzept zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten auszuarbeiten. Dabei sollen folgende Punkte Berücksichtigung finden:</p> <p>Erfassung der tatsächlichen Bring- und Holzeiten in den verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen (Stand 2020): Vergleich mit bisherigen Erhebungen</p> <p>Die bisherige Abfrage soll um einen Punkt erweitert werden: Wäre prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter oder Kinderbetreuungseinrichtungen gewünscht (unabhängig von einem Beitrags-/Preisunterschied)?</p> <p>Tatsächliche Anmeldungen im U3- und Ü3-Bereich: Vergleich der Ist- und Planzahlen 2020</p> <p>Die Erforderlichkeit der vollumfänglichen Öffnungszeiten in allen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen ist zu prüfen. Es ist zu untersuchen, ob unterschiedliche Öffnungszeiten in den einzelnen Kitas angeboten werden können.</p> <p>Dabei sollen X % der Einrichtungen mindestens die derzeitigen Öffnungszeiten beibehalten (07:30 – 17:00 Uhr)</p> <p>Wahlkonfession muss erhalten bleiben</p> <p>Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich: Personaleinsatz, Betriebskosten etc.</p> <p>Langfristige Planungs- und Umsetzungsdauer, so dass kein aktuell angemeldetes Kind die Einrichtung, aufgrund von Öffnungszeitenänderungen, wechseln muss</p> <p>Auswertung der Abfrage sowie Ausarbeitung eines Konzeptes im AK Kita gemeinsam mit den Kita-Leitungen aller Träger und dem Stadtelternbeirat. Dabei müssen allen Mitgliedern des AK detaillierte Aufstellungen der Aufwendungen und Erträge zur Verfügung stehen</p> <p>Einsparungen durch die tageweise Buchbarkeit der Module sollen von der Verwaltung berechnet oder widerlegt werden</p> <p>Ein etwaiger Ausbau des Tagesmütterangebotes ist zu prüfen</p> <p>Dabei stellt die Stadt Neu-Anspach keine Räumlichkeiten zur Verfügung</p> <p>Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich?</p> <p>Kann die Angebotsvielfalt damit erhalten oder verbessert werden?</p> <p>Es ist zu berücksichtigen, ob prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter gewünscht wäre</p> <p>Anpassung der Öffnungszeiten auf Montag bis Donnerstag, jeweils 07:30 bis 17:00 Uhr sowie freitags von 07:30 – 16:00 Uhr</p> <p>Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption</p> <p>Ist eine mittelfristige Umsetzung möglich?</p> <p>Eine Modulaufweitung (bspw. Mo-Mi 17:00 Uhr, Do-Fr 15:00 Uhr) ist zu prüfen</p> <p>Kann damit die Personaleinsatzplanung optimiert werden?</p> <p>Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption</p> <p>Übergabe aller städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen an einen anderen freien Träger (z.B. VzF)</p> <p>Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kostensituation, Konzeption</p> <p>Ergänzend dazu beschließt die Stadtverordnetenversammlung als kurzfristiges Ziel, den Magistrat mit der Erstellung eines Konzeptes zur Optimierung der Nachmittagsbetreuung in den KiTa's zu beauftragen. Grundsätzlich wird beschlossen, dass bei allen zu erstellenden Konzepten der Stadtelternbeirat sowie der AK Kita beteiligt werden, weiter dass man sich bei der Erstellung an Kita-Konzepten anderer Städte wie z.B. Oberursel oder Steinbach orientieren möge sowie die bestehenden Kita-Konzepte anderer Kita-Träger wie z.B. der Kirche oder dem</p>	29.10.2020
		<input type="checkbox"/>

VzF berücksichtige.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	114/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Bürgerversammlung und Abklärung inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ mit einer Ökokontomaßnahme geschützt werden kann	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass zunächst eine Ortsbegehung im Rahmen einer Sitzung des Bauausschusses stattfinden möge und alle zuständigen Behörden entsprechend beteiligt/angehört werden. Dabei ist u.a. die Frage zu klären, inwieweit das Gebiet der „Steinkaut“ in Verbindung mit einer Ökopunktemaßnahme auf Dauer geschützt werden kann. Danach soll eine Bürger-Informations-Veranstaltung bzw. Bürgerversammlung im Stadtteil Westerfeld durchgeführt und entsprechende Informationen gegeben werden.	30.10.2020	<input type="checkbox"/>
-------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Antwort der Verwaltung

Die Ortsbegehung hat in der Sitzung des Bauausschusses am 08.07.2020 stattgefunden. Die Bürgerversammlung zum Thema soll am 30.10.2020 stattfinden.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	110/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Aufnahme bestimmter Einzelpunkte zur Einarbeitung in das Haushaltssicherungskonzept	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, eine Überprüfung hinsichtlich der Reduzierung des Betrages für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen, der allein durch den Magistrat entschieden werden kann (aktuell 50.000 Euro) vorzunehmen. Das Ergebnis ist dem Haupt- und Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Entscheidung vorzulegen.	29.10.2020	<input type="checkbox"/>
-------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Weiter beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Überarbeitung/Würdigung der aktuellen Vergaberichtlinien zu beauftragen. Das Konzept ist über den parlamentarischen Lauf der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	108/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung der Möglichkeit zur Videoübertragung von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und Ausschüssen	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Möglichkeit der Videoübertragung, alternativ einer reinen Audioübertragung, von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschüsse zu prüfen. Hierbei sollen zunächst die anfallenden Kosten der Video- bzw. Audioübertragung eruiert werden und Erfahrungen anderer Kommunen bzw. kommunaler Spitzenverbände herangezogen werden, die ihre Sitzungen bereits in Echtzeit per Video/Audio übertragen.	29.10.2020	<input type="checkbox"/>
-------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Antwort der
Verwaltung

<u>Antragsteller</u>	<u>Amt</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Termin</u>	<u>Herkunft</u>	<u>Betreff</u>	<u>Erledigung</u>
	32	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	Stadtverordneter Kevin Kulp gibt an, dass auf der Adolf-Reichwein-Straße in Fahrtrichtung Hausen-Arnsbach schon mehrere Male ein Linienbus geparkt habe. Der Bus sei breiter als der Parkstreifen und es käme somit zu Slalomfahrten im fließenden Verkehr. Der Bus sei ein Verkehrshindernis und er bittet darum, dass das Ordnungsamt bitte die Sache prüfen möge.	29.10.2020	<input type="checkbox"/>
------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Antwort der
Verwaltung

<u>Antragsteller</u>	<u>Amt</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Termin</u>	<u>Herkunft</u>	<u>Betreff</u>	<u>Erledigung</u>
	60	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	204/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Arbeitskreises "Wald"	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen.	25.11.2020	<input type="checkbox"/>
------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Antwort der
Verwaltung

Verweisung an Bauausschuss
siehe Vorlage 244/2020, BauA 21.10.2020, TOP 2.1

<u>Antragsteller</u>	<u>Amt</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Termin</u>	<u>Herkunft</u>	<u>Betreff</u>	<u>Erledigung</u>
	60	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	202/2020	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, b-now, SPD, Bündnis '90/Die Grünen, FWG-UBN und NBF/NBL zur Benennung des Platzes vor dem Bürgerhaus in Dr.-Walter-Lübcke-Platz	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Platz vor dem Bürgerhaus in Walter-Lübcke-Platz zu benennen. Walter Lübcke wurde am 2. Juni 2019 aufgrund seiner Überzeugung, seiner vorbildlichen Tugenden und seines Eintretens für die grundlegenden Prinzipien und Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung hinterrücks und kaltblütig von Rechtsextremisten ermordet. Ein furchtbares und unvorstellbares Verbrechen, das nach wie vor tief betroffen und fassungslos macht. Mit dieser Namensgebung wollen wir dazu beitragen, dass Walter Lübcke, sein Wirken und seine Verdienste für unser Land auch in Neu-Anspach nicht vergessen werden und ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Denn Walter Lübcke ist und bleibt ein Vorbild für alle aufrichtigen Demokratinnen und Demokraten. Gleichzeitig soll mit der Umbenennung des Platzes auch symbolisch stellvertretend für all diejenigen, die bundesweit und in Hessen in den vergangenen Jahren durch rechtsextremen Terror umgekommen sind, ein Zeichen gesetzt werden.	31.12.2020	<input type="checkbox"/>
------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------	--------------------------

Antwort der
Verwaltung

<u>Antragsteller</u>	<u>Amt</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Termin</u>	<u>Herkunft</u>	<u>Betreff</u>	<u>Erledigung</u>
	65	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	205/2020	Antrag der NBF/NBL-Fraktion auf Vorstellung des Pflegekonzepts für die Neu-Anspacher Friedhöfe im Bauausschuss	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, das Pflegekonzept für die Friedhöfe in der Stadt Neu-Anspach durch den Baubetriebshofeinsatzleiter in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses vorzustellen. 25.11.2020

Antwort der Verwaltung Verweisung an Bauausschuss

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	198/2020	Antrag der b-now-Fraktion zur Prüfung der Schaffung von potentiell geeigneten Versickerungsflächen für Niederschlagswasser	

Beschluss Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob potentiell geeignete Versickerungsflächen für Niederschlagswasser vorhanden sind. Ebenso soll geprüft werden, ob Retentionsflächen neu geschaffen bzw. bestehende Retentionsflächen ausgebaut werden können. Für Neubaugebiete soll geprüft werden, ob der Einbau von Rigolen, speziell unter versiegelten Flächen, in den Bebauungsplänen festgeschrieben werden kann (u.U. verbunden mit der Reduzierung der Abgabe für versiegelte Flächen). Bei Bedarf sind externe Fachleute hinzu zu ziehen. Auch soll geprüft werden, ob Land oder Bund derartige Maßnahmen fördern. 31.12.2020

Antwort der Verwaltung